

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

288 (21.10.1920) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Solzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den auswärtigen Teil: Karl Zehn und Hermann Weid; für den literarischen Teil: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seifert, Friedenau, Fregellstraße 65/66. Telefonamt 1544. 2902. Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckarbeiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 288.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920

Erstes Blatt

Das Wahlrecht für Preußen.

Von Dr. Schreiber in Halle.

In wenigen Tagen werden im Anschluß der Preussischen Landesversammlung die Beratungen über den Entwurf des zukünftigen Landtagswahlgesetzes beginnen. Die Form, in der das Gesetz zur Verabschiedung gelangt, wird in hohem Maße mitbestimmend sein für die künftige Entwicklung des politischen Lebens in Preußen und vor allem unteres, noch in den Kinderjahren stehenden parlamentarischen Systems. Die entscheidende Bedeutung eines Wahlgesetzes liegt ja weniger in der einfachen und reibungslosen Technik des Wahlverfahrens selbst, als in dem Einfluß, den das Wahlrecht auf die Zusammenfassung des Parlamentes und seiner verschiedenen Fraktionen ausübt. Die Öffentlichkeit hat daher allen Anlaß, rechtzeitig zu dem Entwurf der preussischen Regierung Stellung zu nehmen.

Das der Gesetzgebung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen und die Verhältniswahl bringen würde, ergab sich schon aus den allgemeinen Grundgedanken, die für das heutige deutsche und preussische Staatsrecht Geltung haben. Es war auch vorauszu sehen, daß die preussische Regierung ihren Entwurf im wesentlichen an das Reichstagswahlgesetz anlehnen würde. Es ist in der Tat durchaus wünschenswert, daß das Wahlrecht im Reich und in Preußen möglichst übereinstimmt, schon damit die Wähler das Wahlverfahren leicht übersehen können und die Wahlvorbereitungen nach Möglichkeit vereinfacht und vereinfacht werden. Es ist aber dabei nicht außer Acht zu lassen, daß das Reichswahlgesetz vom April dieses Jahres nur ein Notgesetz ist und daß für die Reichstagswahl noch das endgültige Verfahren gefunden werden muß. Es steht daher nichts im Wege, daß Preußen dem Reich mit einem besseren Wahlrecht vorangeht. Die preussische Regierung glaubt das zu tun, indem sie ihre Vorlage auf den Plänen aufbaut, die von der Reichsregierung im Frühjahr als Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitet wurden. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Reichstagswahlrecht und dem jetzt von der preussischen Regierung vorgeschlagenen Landtagswahlrecht besteht darin, daß die Wahlkreise verkleinert werden und daß es den Parteien überlassen bleibt, ob sie Kreislisten oder Verbandslisten aufstellen wollen. Jede Partei erhält auf je 50 000 für sie in einem Wahlkreis oder in einem Wahlverbände abgegebene Stimmen ein Mandat. Ueberflüssige Stimmen gehen entsprechend dem Reichswahlrecht auf die Landeswahlkreise. Dabei ist es den Parteien erlaubt, entweder für alle Wahlkreise eines Verbandes oder auch nur für einige von ihnen Verbandslisten aufzustellen. Ein schwerer Fehler der Regierungsvorstellung ist es, daß die in den einzelnen Wahlkreisen eines Verbandes abgegebenen Stimmen nicht etwa innerhalb des Verbandes zusammengezählt und der Verteilung der Mandate zugrunde gelegt, sondern daß die nicht für ein Mandat ausreichenden Stimmen der Kreise unmittelbar der Landesliste zugeführt werden. Das muß, dahin führen, daß die Zahl der auf der Landesliste gewählten Abgeordneten die keine Beziehung zu einem bestimmten Wahlkreis haben, in unerträglichem Maße vergrößert wird; denn von den 74 Wahlkreisen, die der Entwurf vorsieht, würden bei unerer großer Parteienverteilung nur ganz wenige in der Lage sein, von irgend einer Partei auch nur einen Kandidaten durchzuführen. Die nähere Verbindung zwischen Abgeordneten und Wähler, die nach der Begründung des Gesetzesentwurfs mit Recht auch von der Regierung erstrebt wird, würde also keineswegs erreicht. Oder aber die Parteien müßten grundsätzlich Verbandslisten aufstellen. Dann haben freilich die kleinen Wahlkreise gar keinen Sinn und die Wahlkreise bleiben wie bisher viel zu groß, um von den wenigen ausrichtreichen Spitzenkandidaten bearbeitet werden zu können und eine lebendige Beziehung zwischen Wählern und Gewählten zu ermöglichen.

Der Fehler des Regierungsentwurfs liegt darin, daß er die Zahl 50 000 mit dem Wahlkreis in Beziehung bringt, hat lediglich mit dem Wahlverbände. Würden nämlich die Stimmen jeder Partei in einem ganzen Wahlverbände zusammengezählt zur Ermittlung, wieviel Mandate sie im Verband erlangt hat und würden dann diese Mandate jenen Kreisen innerhalb des Verbandes zugewiesen, in denen diese Partei am besten abgekömmt hat, dann wären wenigstens einige Mängel des vom Entwurf vorgeschlagenen Verfahrens beseitigt. Insbesondere würde es zu einer zweifelsfreien Verflechtung der bisherigen Wahlkreise nichts im Wege. Es würde sich sogar empfehlen, über die nicht immer glückliche Wahlkreiseinteilung des Regierungsentwurfs hinausgehend zu Wahlkreisen zurückzuführen, die ein einzelner Kandidat wirklich bearbeiten kann. Denn da bei den kleinen Wahlkreisen meistens der Spitzenkandidat Aussicht auf Erfolg haben wird, so wird die Mitarbeit der Wahlführer auf den Listen nur recht problematisch sein. Die Erfahrung bei den früheren Wahlen hat jedenfalls gelehrt, daß selbst bei den großen Wahlkreisen in der Regel nur die ausrichtreichen Kandidaten die Listenwahl zu einer reinen Farce. Es wäre deshalb wünschenswert, daß

man, selbstverständlich unter Beibehaltung der Verhältniswahl und der Wahlverbände, zu dem Einzelwahlverfahren von früher und zu den alten Reichstagswahlkreisen, von denen ein Teil der veränderten Bevölkerungszahl wegen geleist werden müßte, zurückkehren würde. Die Wahlverbände hätten dabei in der oben dargelegten Art der Verteilung der Mandate zu dienen. Sie müßte landsmannschaftlich gegliedert und so groß sein, daß jede der größeren Parteien Aussicht hätte, wenigstens ein Mandat innerhalb des Verbandes zu erringen.

Die Durchführung dieser Ziele, die an die vorhandenen Organisationen der Parteien anknüpfen,

macht keine besonderen Schwierigkeiten. An Stelle der sicheren, von den Parteienleistungen bezogen Spitzenkandidaturen und an die Stelle der Arbeit Weniger tritt der freie Wettbewerb einer stark vermehrten Zahl annähernd gleich ansichtsreicher Kandidaten. Das politische Leben wird dadurch angeregt und wachgehalten, die Wahlfreie werden in der Auswahl ihrer Kandidaten sorgfältiger werden und die Entscheidung wird wieder mehr in die Hand des Wählers selbst gelegt. In allen diesen Beziehungen Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, an denen ein neues Wahlgesetz nicht vorübergehen sollte.

Die Bolschewiken-Debatte im Reichstag.

8. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Die getrige Debatte über die Ausweisung der beiden russischen Bolschewikenführer Sinowjew und Losowskij, die von den Unabhängigen erzwungen worden war, trug zunächst, als Herr Rosenfeld (L. S.) die sogenannte Begründung gab, einen ziemlich grotesken Charakter. Schien der soeben aus Halle zurückgekehrte Herr von dem dortigen unvergessenen Ausrichter der Russen ganz und gar nichts mehr zu wissen und besaß es noch fertig, die nur in dem neuen Deutschland mögliche Gebuld jenen Terroraposteln gegenüber sogar noch zu einer deutschen Willkür zu stampeln. Später bedauerte der alte Edward Bernstein ebenfalls die Tatsache der Ausweisung, konnte aber als ehrlicher Mann ihre unbedingte Berechtigung und Notwendigkeit nicht ableugnen. Dafür wurden ihm von den radikalen Genossen die üblichen Kofenworte wie Schut, Verräter usw. zugerufen.

Politische Bedeutung erhielt die Sitzung erst durch eine nähere Erklärung des Außenministers Dr. Simons, die wahrscheinlich auf seiner Seite ganz befriedigend wird und wieder wohl vor allem deshalb, weil sie diplomatisch sein sollte. In Wirklichkeit war es doch sehr richtig, daß der Minister die Beschuldigungen der Unabhängigen so ausführlich zurückwies. Die Welt muß wissen, daß Deutschland stets ein Schirm der Menschlichkeit sein wird, aber auch ein Wahrer seines selbstverständlichen Anspruchs, das von den russischen Gästen durch ihre Feindschaft zum blutigen Massenmord verleitet worden ist. Dann konnte es ferner auch nur natürlich sein, daß das russische Volk von neuem aus maßgebendem Munde vernahm, daß es in Deutschland einen Freund hat, der mit ihm zusammen den schweren Aufstieg aus dem Zusammenbruch übernehmen möchte. Daß der Minister nicht scharf genug zwischen dem russischen Volk und der augenblicklichen Sowjetregierung unterschieden hat, dürfte zum Teil auch innerpolitisch zu erklären sein, da Dr. Simons es immer zu vermeiden strebt, bestehende Gegensätze noch weiter zu verärgern.

Von solchen diplomatischen Rücksichten war in der Rede des deutschnationalen Wulle nichts zu merken. Der Leiter der rechtsradikalen „Deutschen Zeitung“ liebt bekanntlich einen sehr harten Tabak, aber auch die übrigen Sprecher der bürgerlichen Parteien nannten das Vorgehen der Regierung schließlich selbstverständlich und stecken sich durch kein Protestgeschrei der Unabhängigen und Kommunisten betören.

Selbstverständlich war aber auch, daß die Demokraten für jede Toleranz bei Auslegung des Anspruchs eintraten.

Zuletzt setzte sich Herr Debebour mit einem für seine 70 Jahre beneidenswertem Temperament mit Zwischenrufen von rechts und links auseinander. Aber man mußte doch wieder fragen: War diese Interpellation über die zwei russischen Wanderrevolutionäre wirklich eine vierstündige Beschäftigung im Reichstage wert?

Sozialdemokratie und Sozialisierung.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 20. Okt. Wie von der Mehrheitssozialdemokratie erklärt wird, dürfte die Fraktion in der Sozialistengesellschaft, die in dieser Reichstagsession die entscheidende Rolle spielen dürfte, strikt an die Entscheidung des Kasseler Parteitages halten. Von Zugeständnissen könne keine Rede sein, nicht einmal von einem Entgegenkommen in beschränktem Maße.

Die Hölz-Truppe vor dem Dresdener Schwurgericht. (Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

C. Dresden, 20. Okt. Vor dem Schwurgericht begannen heute die Verhandlungen gegen das kommunistische Brandkomitee der Hölz-Truppe. Es handelt sich zunächst um 9 Angeklagte. Als zur Vereinfachung der Kommunisten herrschte in Halle, wo Hölz im Schloß sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, von allen Seiten Reichsweltruppen anrückten, befahl Hölz, eine Anzahl der schönsten Villen der Stadt in Brand zu stecken. Als bald löbten überall die Flammen empor. Wächterposten wurden mit Maschinengewehren verhindert. Gleich-

zeitig wurde geplündert. In einzelnen Fällen ist damals ein Schaden von 600 000 bis 1 Million Mark entstanden, den der sächsische Staat ersetzen muß. Die Verhandlungen dauern mehrere Tage. Die Angeklagten sind teilweise geständig.

Der englische Bergarbeiterausstand.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 20. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 19. Oktober: Die Lage im Bergarbeiterstreik ist am zweiten Tage unverändert. Die Folgen des Ausstandes machen sich bereits empfindlich bemerkbar. In Yorkshire wird mit dem Beginn der Hochflut begonnen. Die Forderungen von Vohrerhöhung von 180 000 englischen Pfund und Motortransportarbeitern drohten ebenfalls zum Streik zu führen.

Anbahnung von Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 20. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Im englischen Unterhaus forderte der Führer der englischen Arbeiterpartei, Adamson, Lloyd George auf, sobald wie möglich eine Konferenz der Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter einzuberufen, um die Vorschläge von Brace zu beraten. Lloyd George erklärte, er sei bereit, eine solche Konferenz einzuberufen. Er werde gerne mit der Leitung des Bergarbeiterbundes zusammentreten, wenn dieser bereit sei, die Unterhandlungen auf der Basis von folgenden zwei Bedingungen zu führen, einerseits Vohrerhöhung und andererseits hohe Kohlenenerzeugung.

Verhaftung der Bolschewikin Panhurst.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 20. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Die englische Bolschewikin Panhurst wurde gestern wegen Veröffentlichung und Verbreitung aufreizender Schriften in London verhaftet.

Ausscheiden des Generals Townsend aus dem Militärdenkmal.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Rotterdam, 20. Okt. Nach einer Londoner Meldung hat General Townsend, der frühere Verteidiger von Kut-el-Amara, seine Entlassung aus dem Militärdenkmal angenommen. Ein Gerücht behauptet, er habe beabsichtigt, sich mit General Wrangel zu vereinigen.

Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 20. Okt. Im englischen Unterhaus sagte Greenwood in Erwiderung auf eine Anfrage: Seit 1. Januar sind 100 Polizisten und 16 Militärpersonen in Irland gestreift, 150 Polizisten und 60 Militärpersonen verwendet worden. Ich kann dem Hause nur die Versicherung geben, daß die Regierung die zum Schutze der Staatsdiener zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessert.

Die Entente und Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 20. Okt. Wie Reuters meldet, ist in der Note, die Frankreich und England an die polnische Regierung sandten, u. a. dargelegt, die polnische Regierung solle Seligomskys Vorgehen vollständig desavouieren. Eine solche Maßnahme würde für den Völkerverbund eine Genugtuung bedeuten, dessen Autorität erschüttert sei. Die Note fügt hinzu: Wenn die Lage nicht unverzüglich aufgeklärt werde, so würde die englische und die französische Regierung zu erwägen haben, welche Schritte zu unternehmen seien.

Ein Demenki.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 20. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat der französische Geschäftsträger dem Staatsdepartement die Versicherung gegeben, die französische Regierung habe niemanden beauftragt, sich mit Senator Harding zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, daß die Vereinigten Staaten sich überall die Flammen empor. Wächterposten wurden mit Maschinengewehren verhindert. Gleich-

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Berlin, 20. Oktober.

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Am Ministertisch der Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Heintze.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Unabhängigen auf

Aufhebung des Ausweisungsbefehls

gegen die beiden russischen Delegierten zum Parteitag in Halle, Sinowjew und Losowskij.

Herr Dr. Rosenfeld (L. S.) begründet den Antrag. Es sei höchste Zeit, daß endlich ein Ausweisungsbefehl geschaffen werde. In England gibt es ein Ausweisungsgesetz, sonst kommt die Polizei gleich mit dem leidigen Ausländerparagrafen. Anlaß zu dem heutigen Antrag gibt die empörende Behandlung der russischen Delegierten Sinowjew und Losowskij. Der Redner wandte sich besonders gegen den preussischen Minister Severing, der den Wünschen der Reichsregierung bereitwillig entsprochen habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, seinen Erlaß zu begründen. Die Ausführungen des Redners werden von vielfachen Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großer Unruhe des Hauses. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei protestiert energisch gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheie. Man sehe doch endlich von dem Terror gegen eine sich durchsetzende geistige Bewegung ab. (Stürmische Heiterkeit.) Ein neuer Geist müsse in Deutschland einziehen. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Die Ausweisung sei offenbar nur der Auftakt zu dem schärferen Vorgehen der bisherigen Regierung gegen die deutsche Arbeiterpartei. Ein neuer Kurs scheine bevorzuehen. Dagegen würden die Arbeiter auf der Hut sein.

Minister des Außen Dr. Simons gibt einen Überblick über die Vorgeschichte der Zulassung der russischen Delegierten. Im Anschluß an den Besuch einer linksstehenden Mission in Sowjetrußland sei der Besuch einer entsprechenden russischen Delegation in Aussicht gestellt worden. Dementsprechend sei drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise gestattet worden, und zwar auf vier Wochen. Eine Aufforderung, diese Zahl auf elf zu erhöhen, sei abgelehnt worden, zumal eine Kommission deutscher Gewerkschaftler ausdrücklich erklärt habe, einen Zweck habe nur die Anwesenheit bestimmter Gruppen von Gewerkschaftlern. Diesem Wunsch entsprechend sei noch vier Herren die Einreisegenehmigung erteilt worden. Trotzdem seien in Hamburg auch die nicht zugelassenen Delegierten eingetroffen. Man habe diese dort zurückgehalten und sie hätten die Gelegenheit zu ausgiebiger Agitation ausgenutzt. Den übrigen Herren sei zur ausdrücklichen Bedingung ihrer Zulassung gemacht worden, daß ihre Verhandlungen nur gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Charakter haben dürfen, aber keinerlei Nebenpolitische Art erhalten werden sollen. Das habe sie nicht abgehalten, dies doch zu tun, und so mußte dem Treiben des Herrn Losowskij Einhalt getan werden. Eine Verlängerung seines Aufenthalts konnte nicht mehr in Frage kommen, aber, da er nach Italien weiter reiten wollte, wollten wir ihn auch nicht sofort ausweisen. Inzwischen hat Herr Losowskij sich wieder über alle Vorschriften hinweggesetzt. Statt, wie ihm aufgegeben war, in Berlin zu bleiben, ist er nach Halle gegangen. Nun hieß uns nichts anderes übrig, als die preussische Regierung um seine Ausweisung zu ersuchen. Den Beweis dafür, daß er, entgegen den Zulassungsbedingungen, politische Reden gehalten hat, kann ich jederzeit erbringen. Inzwischen kam aus Italien der Bescheid, daß er dort nicht zugelassen wird, und so hieß nur die Rückkehr nach Rußland offen. Was den Fall Sinowjew anbelangt, so ist ihm und einem anderen Delegierten, der aber nicht gekommen ist, auf Wunsch der Unabhängigen Partei die Erlaubnis zur Einreise erteilt worden. Der Inhalt seiner Worte ist ja allgemein bekannt geworden. Das Kabinett konnte ja nicht anders handeln, als sein Wiederauftreten zu verhindern. Doch unsere Polizei wird allzu viele Umgangsformen besitzen, wissen wir alle. Aber wie können gerade die Vertreter der Sowjetrepublik sich hierüber beklagen, die doch ganz andere Beispiele der Polizeiherrschaft gegeben haben?

Der Minister gibt zu, daß das Fehlen des Fremdenrechtes eine Lücke der deutschen Gesetzgebung bilde und daß es Sache des Reichstages sein werde, diese Lücke zu schließen, ob das Recht aber so ausfallen werde, wie Dr. Rosenfeld meinte, das sei nur nach gerichtlichem Urteil eine Ausweisung erfolgen dürfe, habe er für zweifelhaft. Auf die Geltendmachung seiner Hoheitsrechte gegenüber den Ausländern wolle sein Staat verzichten. Zur deutschen Arbeiterpartei beuge er das Vertrauen, daß sie auf die Dauer erkennen werde, daß die Methoden Rußlands nicht die unseren seien. Wie aber eine Partei, die sich Unabhängig nenne, ihre Unabhängigkeit von Moskau so deutlich betone, verleihe er nicht. Gewiß sei die Anwesenheit eine Belastungsprobe für unsere Beziehungen zu Rußland. Aber die russische Regierung müsse sich jetzt klar sein, daß sie selbst einen großen Teil der Schuld daran trage, weil sie allen Ab-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

machungen zum Trost das Auftreten ihrer Vertreter nicht hindern konnte. Der Minister schließt mit dem Wunsch auf den festen Glauben des deutschen Volkes an die Zukunft des russischen Volkes.

Abg. Bernstein (Soz.) bedauert das Fehlen eines Fremdenrechtes und empfiehlt die Schaffung eines Anführerrechtes, wie es die Vereinten Staaten besitzen.

Abg. Wulle (D.M.) schildert die Tätigkeit des Herrn Apfelbaum (Sinowjew), der mit Nord und Ostschlag in Russland ganze Städte heimführt. Ihm sei in Halle selbst das Wort „Blutband“ zugerufen worden. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung habe das Verhalten der Regierung für eine selbstverständliche Pflicht gehalten. Zu bedauern sei, daß sie die Leute überhaupt ins Land gelassen habe. Jedenfalls muß der Ausweisungsbefehl auch sofort vollzogen werden. Wir verlangen die Ausweisung aller Elemente des Auslandes, die unser Vaterland schädigen und es zum Versuchsanstalt für bolschewistische wütende Elemente machen wollen.

Abg. Dr. Vell (Str.) drückt die Ablehnung des Antrages aus und plädiert ähnlich wie Abg. Bernstein für ein internationales Übereinkommen in Sachen des Völkerrechts. Er begrüßt es, daß sich die Regierung in ihren Bestrebungen mit Russland auf einen guten wirtschaftlichen Fuß zu kommen ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen in ernsthafte Verhandlungen eingelassen hat.

Dr. Maraschke (D.M.): Wir fordern energische Anwendung der bestehenden Gesetze auch gegen jene, die zur kommunistischen Revolution aufrufen, womit wir der Massenagitation am besten entgegenwirken.

Abg. Peterzen (D.) hält das Verhalten der Regierung für sachlich richtig und politisch gerechtfertigt.

Abg. Koenen (U. S. links) entzieht Sinowjew den Gruß, den die deutsche Arbeiterchaft ihrem bewährten Führer schuldet. (Großer Lärm.) Er dankt ihm für das Vorbild, das er durch seine mustergetreue Verwaltung in Petersburg gegeben habe. Das Ernährungs- und Wohnungsproblem habe er gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Alle Schauermärchen über den Bolschewismus seien Äußerungen der antibolschewistischen Liga. Als Redner die Rechte und die Kaiser und Könige für die Bunden der Arbeiter verantwortlich macht, erhebt sich großer Lärm. (Platzrufe.) Die Rechte habe Terrorismus verübt, als sie Arbeiterlöhne verweigerte. (Stürmische Unterbrechungen. Glorreiche Präsidenten.)

Nebher dankt Herr Victor Kopp für seine Bemühungen die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland wieder anzuknüpfen. Um so bedauerlicher sei es, wenn Abgeordnete der Rechte teils aus Unkenntnis, teils aus Absicht hier Russland beschimpfen. Sinowjew sei ein echter Russe und habe niemals Apfelbaum geheißten. Den Antrag werde seine Partei unterstützen, lege ihm aber keine Bedeutung bei. Was die Rechtslage anbelange, so sei sie wenigstens im Falle Sinowjew ganz klar. Dieser sei ausdrücklich zum Parteitag gekommen und in seiner Weise gebunden, und daß er russisch sprechen würde, leuchte ein. Die gesamte Pressestimme von der „Freiheit“ bis zu Herrn Wulle stimme in das Protokoll gegen ihn ein. Da gab die Regierung nach. Nun soll ein Ausnahmengesetz kommen. Es wird aber doch immer beim Alten bleiben, daß der unter dem Geßel leiden muß, dessen Nase einem nicht gefällt. Redner wendet sich gegen Bernsteins Angaben, daß Sinowjew und Popowsky Unterdrücker seien. Wenn Sinowjew wirklich Blut vergossen habe, dann habe er es zum Besten der Arbeiterchaft gegen die Bourgeoisie getan, das sei immer besser, als das

Bündnis der Sozialdemokratie mit den Weißgardisten, durch das das Blut Tausender von Arbeitern vergossen wurde. Im übrigen bemüht sich der Redner festzustellen, daß Sinowjew seine Verpflichtungen nicht überschritten und insbesondere nicht zum Terror gekehrt habe.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlusswort erhält der

Abg. Ledebour (U.S.): Das Recht der freien Meinungsäußerung dürfe nicht an der Frage scheitern, ob der Betreffende heimatsberechtigt sei. Das Strafgesetz könnte nicht zur Anwendung gelangen, weil nichts in der Rede Sinowjews gefanden habe, was strafbar gewesen. Mit Gewalt könne man keine geistige Bewegung tot machen, daher sei er gegen alle terroristischen Gewaltmaßnahmen, mögen sie von Herrn Maraschke in Wisnards Straßstrafkette oder von Herrn Koenen, dem Kommunisten kommen, der Herr Sinowjew als unschuldigen Gelegenheitsterroristen geschildert habe. Aber Herr Sinowjew muß hier bleiben, damit der deutsche Arbeiter endlich von ihm kuriert wird. Das ist der Grund unseres Antrages.

Zum Schluß kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen ihm und den Kommunisten über die Vorgeschichte des Antrages, die wiederholt zu stürmischer Unterbrechung, großer Heiterkeit und vielen Zwischenrufen Anlaß gab.

Nach einer Reihe persönlicher Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Dr. Lewi und dem Abg. Ledebour wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt.

Die Vorlage über die Kapitalflucht wird dem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 27. Oktober, 1 Uhr.

Deutsches Reich.

Keine Aufhebung des Reichsnotopfergesetzes.

Einer Wittermeldung zufolge hat das Reichskabinett neuerdings einstimmig beschlossen, den verhängenen Wünschen nach Aufhebung des Reichsnotopfergesetzes nicht nachzugeben, sondern um die Summe der Inflation aufzuhalten und dem Reiche so rasch wie möglich weitere Einnahmen zu verschaffen, die baldige Errichtung eines Teiles des Reichsnotopfergesetzes obligatorisch zu machen.

Folgen des Gemeindearbeiterstandes in Sachsen.

Unter Dresdener K-Korrespondent droht es: Da die Arbeiter während des Gemeindefreizeits in Chemnitz nur sehr unzureichend Notstandsarbeiten verrichteten, ist allein im Chemnitz-Gebiet ein Schaden von 14 Millionen Mark entstanden. Die technische Nothilfe wurde nicht eingeleitet.

München — Pate der Stadt Lublin.

Die Stadt Wladan bei der Patenschaft der 4000 Seelen zählenden ober-schlesischen Stadt Lublin auf deren Bitte durch einstimmigen Stadtratsbeschluss übernommen.

Ultimatum der Mainzer Arbeiter an die Landwirte.

Die Mainzer Arbeiterchaft hat infolge von Zurückhaltung und Verschleppung von Kartoffeln an die weinlich-bessliche Bauernschaft ein Ultimatum gestellt, zur bestimmten Stunde ortsmäßig 10 Zentner pro Morgen zum Preise von 25 M. abzuliefern, andernfalls sie zur Selbsthilfe zuzugreifen würde.

Aus den Parteien.

Auflösung der unabhängigen Landtagsfraktion in Preußen.

Der Reichstagenrat der preussischen Landesversammlung hat entschieden, daß die Fraktion der U.S.P. als aufgelöst zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mitgliedern wurde anheimgegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und einem Programm einzureichen. Diese

Mitglieder würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

Die sächsischen Unabhängigen.

Aus Dresden wird gemeldet, daß die Fraktion der sächsischen Unabhängigen geschlossen zum rechten Flügel übertritt. Infolgedessen dürften innerhalb der Partei keine Schwierigkeiten entstehen.

Die Eröffnung des außerordentlichen Landtags.

(Eigener Bericht.)

In der letzten Session schuf der Landtag ein Gesetz, das sog. Dättinggesetz, wonach er nur bis zum 15. Juli bekommen bleiben sollte. Allein, es gelang ihm nicht, die ungeheure Menge von Arbeit zu erledigen, die ihm unterbreitet worden war, daher ist eine weitere Sitzungssperre notwendig geworden. Wir haben es also diesmal mit einem außerordentlichen Landtag zu tun. Die von ihm zu bewältigende Arbeit haben wir in ihren Einzelheiten bereits in der Mittwochsausgabe angedeutet.

Die erste Sitzung, die gestern nachmittags gegen 4 Uhr begann, war nur von kurzer Dauer. Am Ministerialrat saßen Staatspräsident Trunt und die Minister Remmele, Hummel und Richter; Finanzminister Köhler hatte sich entschuldigen lassen. Dr. Kopp leitete die Verhandlungen unter Aufsicht der beiden Schriftführer Freiherr von Gleichenstein und Richter. Dr. Kopp gab nach der Begründung eine kurze Übersicht über die politische Lage, zeigte dann die zu erledigenden Arbeiten auf und teilte mit, daß zunächst keine Vollsitzungen stattfinden, da erst die einzelnen Ausschüsse nach ihrer Konstituierung Beratungsstoff vorbereiten müssen. Ein Berg von Eingängen lag auf dem Präsidientisch aufgeschichtet; dahinter sehr viele Gesuche von Beamtengruppen um Teuerungszulagen und Abänderung der Besoldungsordnung standen, überraschte den nicht, der in den letzten Monaten die Bewegung in der Beamtenchaft verfolgt hat. Es sei wiederholt daran erinnert, daß die Regierung und Landtag seinerzeit das Bindende Versprechen gegeben haben, die damals en bloc angenommene Besoldungsordnung nach im Herbst dieses Jahres einer eingehenden Revision unterziehen zu wollen, bei der dann die Einzelwünsche der Beamten nach Kräfteverhältnissen zu berücksichtigen seien. Zunächst befand sich der Haushaltsauschuss in diesen Gesuchen. Die Wahl des Kammerpräsidenten vollzog sich glatt. Einer Vereinbarung unter den Fraktionen zufolge schlug der Ausschuss der Vertrauensmänner dem Hause vor, die Abgeordneten Dr. Kopp als Präsidenten, Maier-Weidelsberg als ersten und Jürg als zweiten Vizepräsidenten, sowie Huber, Freiherr von Gleichenstein, Richter, Köhlin und Schöpsle zu Schriftführern zu wählen. Das Plenum stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu; die Wahl erfolgte durch Zuruf. Der jetzige Kammerpräsident weilt also gegenüber dem bisherigen nur eine Veränderung auf: der deutsch-nationale Abgeordnete Wager scheidet aus und an seiner Stelle wurde sein Fraktionskollege Schöpsle gewählt. Präsident Dr. Kopp erklärte gleichzeitig namens der übrigen Gewählten, die Wahl anzunehmen. Hierauf folgte die Wahl der ständigen und der nichtständigen Ausschüsse; von den letzteren wären zu nennen der Verfassungsausschuss, der Schulausschuss und der Ausschuss zur Unterbindung der Unregelmäßigkeiten bei der Landwirtschaftskammer. Einer Anregung aus der Mitte des Hauses entsprechend wurde auch der Ausschuss der Vertrauensmänner neu gebildet. In einer etwa einstündigen Pause konstituierten sich die Ausschüsse sofort. Das Mitglied der demokratischen Fraktion Frau Helene Platensis von Freiburg i. Br. hatte am 16. Ok-

tober dem Landtag durch ein Schreiben mitgeteilt, daß sie ihr Mandat niederlege. An ihre Stelle tritt nach der von der Deutschen Demokratischen Partei für die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung am 3. Januar 1919 erteilten Wahlvorschriften der praktische Arzt Dr. Wilhelm Vof von Mühlheim, der der früheren Zweiten Kammer der badischen Landstände von 1913 bis zur Umwälzung im November 1918 als Mitglied der damaligen national-liberalen Fraktion angehörte; er war seinerzeit im 14. badischen Landtagswahlkreis für den westlichen Bürgermeier Roger von Tannenkirch gewählt worden. Das Haus ist mit diesem Wechsel einverstanden; die Zustimmungserklärung Dr. Vofs ist bereits eingeangenen. Damit war die Tagesordnung erledigt. Das Haus ermächtigte den Präsidenten, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung und ebenso ihre Tagesordnung festzusetzen.

Die Ausschüsse.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Haushaltsauschuss des Landtags hat sich am Mittwoch nachmittag gebildet. Er wählte zum Vorsitzenden wieder den Abg. Marum (Soz.), zu dessen Stellvertreter den Abg. Dr. Glodner (Dem.), zum Schriftführer an Stelle des Abg. Dabernicht (D.M.), der eine Wiederwahl ablehnte, da er das einjährige Mandat seiner Fraktion im Ausschuss ist und sich durch sein Schriftführeramt an der Vertretung seines Standpunkts bei den Debatten hindern könnte, den Abg. Seibert (Str.). In der nächsten Sitzung des Ausschusses am kommenden Dienstag nachmittags soll zunächst die Vorlage der Ruhegehaltsempfänger behandelt werden; weitere Beratungsgegenstände sind: der Gesetzentwurf über das Branntweinmonopol (Berichterhalter: Abg. Sabn, Soz.); der Gesetzentwurf über die Verlegung des Rechnungsjahres der Kreisverbände und deren Aufwand im Rechnungsjahr 1920 (Berichterhalter: Abg. Red, Dem.); der Gesetzentwurf über die Abänderung des Dienstvertrages und Umzugskostenersatzes (Berichterhalter: Abg. Wittenmann, Str.).

Der Verfassungsausschuss wählte zum Vorsitzenden wieder den Abg. Dr. Glodner (Dem.). Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Abg. Wittenmann (Str.) und zum Schriftführer an Stelle des Abg. D. Maier-Karlstein (D.M.), der eine Wiederwahl mit der nämlichen Begründung wie Abg. Dabernicht im Haushaltsauschuss ablehnte, Abg. Marbiß (Soz.) bestimmt. Der Bericht des Abg. Dr. Glodner (Dem.) über den Entwurf eines badischen Haushaltsgesetzes zum Reichsstaatsbudget 1921 ist schließlich am 16. Oktober dem Regierungsvorstand einer Verordnung über Landbesitzverteilung, Landverteilung und Landverbesserung in Baden. Der Gutheißende Bericht soll nach Drückung in der übernächsten Woche im Ausschuss behandelt werden. Die Beratung der Abänderung der Verfassung soll erst in Angriff genommen werden, wenn die preussische und die sächsische Verfassung vorliegen. Als Berichterstatter für den Gesetzentwurf über die Reichsstaatsbudget 1921 wurde der Kandidat wurde Abg. Dr. Baumgartner (Str.) bestellt.

Der Ausschuss für Reichs- und Provinzialverwaltung wählte zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Seibert (Str.), zu dessen Stellvertreter den Abg. Strobel (Soz.) und zum Schriftführer den Abg. Dr. Peter (Dem.). Die Berichterstatter über die neue Gemeindeordnung wurde wieder der Abg. Beck (Soz.), Dr. Peter (Dem.) und Straub (Str.) übertragen; am Donnerstag der nächsten Woche soll mit der Beratung der Gemeindeordnung begonnen werden. Zum Berichterstatter über den Entwurf eines neuen Bürgergesetzbuches für die Gemeinde- und Bürgerverfassung wurde Abg. Gleisner-Oberkirch (Str.) ernannt, während die Berichterstatter über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Bürgergesetzbuches dem Abg. Mauls (Soz.) übertragen wurde. Was den Gesetzentwurf über die Abänderung des Landwirtschafskammergesetzes anlangt, so steht nur noch die Bestellung des Berichterstatters (Berichterhalter: Abg. Wittenmann, Str.) aus.

Konstituierung der demokratischen Fraktion.

Die deutsche demokratische Landtagsfraktion des badischen Landtags hat sich gestern neu konstituiert. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, des Abg. Dietrich, der bekanntlich am 6. Juni auch in den Reichstag ge-

Zum Tode Gájar Flaischlen.

Einer unter den Stillen und Feinen aus der Reihe der neueren Dichter ist mit Gájar Flaischlen, der in seiner schwäbischen Heimat, sechsundfünfzigjährig, nach kurzer Krankheit einem Gehirnlage erlegen ist, dahingegangen. Seit langem eigentlich war Flaischlen's Entwicklung schon abgeschlossen; seine Art stand fest und versprach keine neuen poetischen Offenbarungen. Aber diese Art war erfüllt von tiefem Empfinden, von Schmerzgefühl, von der Freude an der Form gekennzeichnet. Friedlich und idyllisch sind seine Gedichte in Prosa getimmet, die „Von Alltag und Sonne“ heißen, und mit denen er sich die Herzen der Jugend gewann, der jungen Mädchen, deren empfindsame Seelen hier die Töne des eigenen Herzens zu hören vermeinten. Dabei war Gájar Flaischlen keineswegs Lyriker im hergebrachten Sinne. Seiner Lyrik fehlte der leichte, beschwingte Flug, der gleich einer Verbeugung lustig zwischen dem blauen Himmel aufsteigen soll, und sein ganzes künstlerisches Schaffen war eigentlich ein ununterbrochener Kampf mit der spröden Form, die abzuschleifen und veredeln er nicht müde wurde. Schwer und hart rang er sein Leben hindurch um die Erfüllung seines dichterischen Ideals, für das er den vollkommensten Ausdruck seines Menschentums suchte und erstrebte, ohne doch je dieses ideale Ziel zu erreichen. Gájar Flaischlen war seiner Lebensart nach ein Dichter, und was er schrieb, das war stets innerster Ausdruck seines eigenen Ich. Darin lag die Tragik seines Lebens, liegt aber zugleich sein Wert. Es trägt ihn hinaus weit über die Masse, die berufsmäßig schreibt, wie man ein anderes Handwerk treibt, und die deshalb da die lauten, klingenden Erfolge erzielt, wo ein Dichter wie Flaischlen hart zu ringen hatte. Dieser harte Kampf zermürbte ihn vor der Zeit und rief ihn auf, und es heißt, seine plötzliche Erkrankung, die ihn vor kurzem in ein Sanatorium der schwäbischen Heimat führte, sei ein Verfall seiner Kräfte im Kampfe ums Dasein gewesen. Es ist ein trauriges Los; noch heute verhungern in Deutschland die Dichter. Mit vollen Segeln war Flaischlen vor mehr als 30 Jahren ins wogende Leben hinausgeschifft. Ursprünglich Buchhändler, kam der württembergische Offizierssohn schon in den achtziger Jahren aus Stuttgart nach Berlin, und im Friedrichshagen Kreise

der naturalistischen Literaturrevolutionäre fand er Anschluss an die besten Strömungen jener Tage. Er studierte gleichzeitig, trieb Literaturgeschichte und schrieb selbst Literatur, naturalistische Dramen wie „Toni Stürmer“ oder „Martin Lehnhardt“, worin er innerliche Freiheit und dogmatischem Gottesbegriff in hartem Kampf wider einander streiten ließ. Aber der Bühnenerfolg blieb ihm versagt, und seine feine, innerlich allem Kauten abgewandte Art fand sich wieder in jenem Sammelbuch moderner Prosadichtung, die unter dem Titel „Neuland“ ihm die Freunde warb, die seiner Eigenart dauernd treu geblieben sind. Lange Zeit hat er den „Pan“ redigiert, die Zeitschrift, die seinem Geschick ihr anspruchsvolles Gewand verdankte. Die harte und rauhe Zeit, die der Krieg heraufbeschwor, und unter der, wie es scheint, Deutschland noch lange leiden wird, war zu schwer für diesen stillen Kämpfer. Sie hat ihn übermannt; aber in seinen Werken hat Gájar Flaischlen uns ein Vermächtnis aus besseren Tagen hinterlassen.

Beethoven-Fest des Badischen Landestheaters.

Die musikalische Welt rüht sich, den 150. Geburtstag Ludwig van Beethovens feierlich zu begehen. Auch das Badische Landestheater veranaltet (etwas frühzeitig; der Gedanktag ist erst am 17. Dezember) eine Reihe von Konzerten und Theateraufführungen, um den Mann unseres größten Dichters zu huldigen. Ein Konzert in der großen Festhalle, die auf der Galerie gut besetzt war, im Saal aber leider große Lücken aufwies, leitete die Feier würdig ein. Die dritte Beethoven-Duette stand an der Spitze des Programms. Operndirektor Frh. Coriolegis hatte dieses Werk, ebenso die das Konzert bebildende Sinfonie nichtlich mit größter Sorgfalt einstudiert; unter seiner bewährten, klar gliedernden und kraftvoll klingenden Föhrung spielte unser treffliches Landestheaterorchester mit immer aufs Neue entzückender Tonhöflichkeit u. hinreißender Wärme. Welch ein glänzendes Instrument ist unser Orchester in der Hand des Dirigenten! Wie zart und duftend war z. B. das Pianissimo der Streicher in der Duette, wie leuchtend das Spiel der Violen im Finale der Sinfonie! Welche Wärme strahlte aus dem Andante dieses Werkes!

Das Gigantische, Erschütternde der Schicksals-Sinfonie kann noch stärker betont werden, als es am Montag geschah — leuchtender, langvoller wird man das Werk selten hören. Dem Orchester und seinem Leiter wurde herliche Anerkennung zuteil.

Alfred Schohn spielte zwischen den beiden Orchester-Werken das Klavierkonzert in Es-Dur (op. 78). Es war ein erhebender Genuss, dem geklückten, gedanktollen Spiel des Künstlers zu lauschen. Hoehn ist ein Poet. Unter seinen Händen gewinnt jeder Ton Leben, Farbe. Er gestaltet außerordentlich plastisch. Seine fabelhafte Technik verleiht ihm nie zu Wendereien, stets liegt der seelische Gehalt des Wertes obenan. Ein ernster, großer Künstler. Heute vielleicht schon der größte unserer Pianisten. Wer spielt etwa den letzten Satz der Hammerklavier-Sonate, die auf dem Programm des zweiten Abends (Dienstag, im Eintrachtsaal) stand, ihm gleich? In unerhörter Kraft und Anschaulichkeit, hinreißend, benahe atembeklemmend sagte er diese gewaltige Frage dahin, mit immer größerer Macht, in immer mächtiger Steigerung. Auch in den beiden anderen Sonaten (op. 80 und op. 47), die Hoehn zusammen mit Professor Verber bot, benutzte man den prachtvollen, niancenreichen Anschlag, die tiefe Empfindung, die allenthalben aufklingt, und die zielbewußte Gestaltungskraft dieses vornehmen, sympathischen Künstlers.

Der Geiger Felix Verber gewinnt den Hörer nicht im Flüge. Man muß sich an seinen männlichen Ton, an seine zunächst kühl anmutende Spielweise erst gewöhnen. Aber bald wird man von dem Ernst und der starken Innerlichkeit seines Vortrags gefangen. Verber tritt stets hinter das Werk zurück; dieses allein soll wirken. Seine Geige hat einen vollen, in der Mittellage manchmal etwas spröden Ton. Die Höhe ist leuchtend, niemals aber künstlich. Vor allem die Kreuzer-Sonate spielte Verber mit padendem Ausdruck, technisch überlegen. Sicherer Stützfuß gab sich allenthalben kund. Hoehn und Verber wurden von dem zahlreichen Publikum herzlich gefeiert. S. W.

Kunst und Wissenschaft.

W. Meyerhuber.

Die Audition bei Gerber & Schwindly vermittelt einen willkommnen Einblick in das Schaffen dieses eigenartigen Künstlers. Er

kommt vom Impressionismus her und strebt dem Expressionismus zu. Seine Augenbilder bilden von springenden Pferden, tangenden Menschen, brennenden Ringen sind nur die ersten Stadien zu gefühlsmäßig oder phantastisch gestalteten Bildern, die um des inneren Gefühls, nicht der äußeren Linie wegen gemalt sind. Noch ist manches nur ein Übergang, ein Experiment, der Versuch eines Künstlers, der mehr vom Einfall als vom Gemüt angeregt und befruchtet wird, und man beschaute es, ohne innerlich immer hater ergreifen zu werden. Aber anderes hat einen Zug zur Größe, zur Formbewältigung und Ausgeglichenheit. So z. B. der große lauernde Akt, der auch für das Plakat Verwendung fand (das im übrigen in der Schriftbehandlung den Einfluß von Gust. Wolf nicht verleugnet). Hier steht vielleicht nur die etwas präzise Dämmelrigkeit der Finger. Wie das Motiv vom galoppierenden Ross sich zum Bild verdichtet, erweist der balladenhafte Reiter „Sturm“. Neben der hier dokumentarischen Art kommt Meyerhuber in andern Bildern mehr exotisch, so im „Urwald“, dem „Sinal“ oder dem gleichmäßig anmutenden „Saurierzeit“, dessen Gelb, Grün und Schwarz eine aparte Wirkung gibt. Pflanz und wichtig ist die „Sommerfrische“, mehr lyrisch deren nachlässig mondbelagertes Gegenstück „Galathea“. In den großen Akten wie beim „Jungen Zag“ oder beim „Angelstörer“ läßt die etwas fotografisch behandelte Anatomie keine volle Befriedigung aufkommen. Dafür einschlägigen die poetisch empfundenen Naturstimmungen wie „Erwartung“ (am Meer), „Sonne über Bergen“ oder „Abend“ durch ihren stillen und reinen Klang. Zwischenzeitlich ist noch Meyerhubers Wesen. Manchmal schließt er nach der Tagesmode, treibt nach Frottheit, bleibt kühl und experimentatorisch, jongliert mit Farbe und Technik und gefällt sich in einer leichten Virtuosität; aber zum andernmal bricht die echte Natur durch, verzichtet auf alle Mätzchen und lebt sich durch die Selbstbewußtheit hindurch in klaren und gekonnten Leistungen aus. Der Künstler ist vielseitig, sprühend und interessant. Es lohnt sich, seine Ausstellungen zu besuchen, trotzdem das Schaufenster den zwiespältigen Eindruck schon vorweg betont. — Sein Bruder August Meyerhuber, der Bildhauer, hat einige Plastiken aufgestellt, von denen die auf seine Umrißwirkung gestellte Figur einer jugendlichen Schreitenden besonders hervorgehoben sei. B. C. D.

Wahl wurde und der deshalb gebeten hatte, von einer Wiederwahl seiner Person absehen zu wollen, wurde der Abg. Dr. Glöckner zum Vorstehenden gewählt; zu seinem Stellvertreter wurde der Abg. Köstlin bestimmt. Der Abg. Dr. Zeser wurde zum Schriftführer gewählt.

Das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken vom 15. April 1919.

Die Badische Landwirtschaftskammer verbreitet folgende Auslassungen: Eine der wichtigsten Verhandlungen des Landtages in nächster Zeit wird der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes vom 15. April 1919 über den Verkehr mit Grundstücken sein. Die Badische Landwirtschaftskammer lehnt in ihrer Stellungnahme zu dem Abänderungsentwurf der Regierung grundsätzlich das ganze Gesetz ab; maßgebend für sie waren die folgenden Bedenken, die sie in der letzten Versammlung der kaiserlichen Bezirke hatten und die Ergebnisse der Erörterungen, die man mit dem Gesetzgeber seit seinem Besuchen machte.

Die Badische Landwirtschaftskammer muß auch heute in dem Gesetz eine Zwangsmaßnahme erblicken, die in der Praxis nicht nur dem Landwirt schadet, sondern auch dem Käufer. Wenn man heute die moralischen Bedenken gegen das ganze Gesetz geringer geworden ist, so sind die tatsächlichen Nachteile umgangen oder vermindert worden. Sind die Hausbesitzer heute tatsächlich nicht die öffentlichen Feinde und die Abwärtigen von Markt und Wirtschaft? Dann, was ist heute eine Ueberforderung des Grund und Bodens? Sind die hohen Grundsteuern nicht mehr oder weniger lediglich als getrennte Vermögensgegenstände anzusehen? Für den Fall, daß das Gesetz nicht doch beibehalten wird, nimmt die Badische Landwirtschaftskammer den vorerwähnten Änderungen zu § 1, § 3 Abs. 1 und § 7 zu; sie lehnt dagegen den Abänderungsentwurf zu § 4 (Eigentümerversicherung im Falle der Veräußerung der Grundstücke) und zu § 6, Abs. 2 ab, weil die neuen Bestimmungen nicht nur die Rechte der Eigentümer, sondern auch die Rechte der Käufer verletzen.

Am den Ost-Heinrichsbau.

Die demokratische Heidelberger Abgeordnete Dr. Zeser und Dr. Göttsch haben im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht:

In der Tages- wie in der Nachpresse ist häufig eine beunruhigende Nachricht über den zunehmenden Verfall des Heidelberger Schlosses verbreitet worden. Darin heißt es, namentlich sei der Ost-Heinrichsbau gefährdet, und es war die Forderung erhoben, die künftigen Wahlen des Reichstages sollten mit allem Nachdruck die sofortige Restaurierung dieses schönsten Teiles des Schlosses fördern, der sie bekanntlich mit Recht widerstreben und der gegenüber sie die bestmögliche Erhaltung dieses bedeutenden Werkes der deutschen Renaissance wünschen.

Wir fragen an: 1. Werden die laufenden Ueberwachungs- und Unterhaltungsarbeiten am Ost-Heinrichsbau — wie auch vor Ueberdeckungen, vor Einbrüchen von Regenwasser, Erneuerung ganz schadhafter Steine und dergl. — auf die gleiche Art und in demselben Umfang wie früher durch das Schlossbauamt durchgeführt? 2. Bedenkt die Regierung die Frage einer Sicherung der Fassade des Ost-Heinrichsbau gegen die Gefahr des Einsturzes ihrer großen Bedeutung entsprechend weiter zu verfolgen?

Landwirtschaft und Kanalprojekte.

Der demokratische Abg. Wolfbauer hat im Unterhaus seiner Fraktion im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht:

Das Gesetz über die Regierung zu tun, um bei der Ausführung der geplanten Kanalprojekte die Interessen der Landwirtschaft zu wahren?

Hagenschieß.

Mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtags haben einen Antrag eingebracht, die Regierung möge im Hinblick auf das große Interesse des Hagenschießunternehmens dem Landtag einen Bericht vorlegen, worin Auskunft gegeben wird, ob und in welchem Umfang die Hagenschieß bei diesem Unternehmen vorgekommen sind.

Badische Politik.

Aus dem Versicherungswesen.

Aus Angelegenheiten im Versicherungswesen erhalten wir im Anschluß an die in der Sonntagsnummer abgedruckten Auslassungen aus Kreisverbreitungen eine längere Zuschrift, der wir folgende sachliche Gesichtspunkte entnehmen:

Die Ausführungen von Arbeitgebern über die Tarifbewegung im Versicherungswesen haben die Regierung im Hinblick auf das große Interesse des Hagenschießunternehmens dem Landtag einen Bericht vorlegen, worin Auskunft gegeben wird, ob und in welchem Umfang die Hagenschieß bei diesem Unternehmen vorgekommen sind.

Aus Baden.

Amliche Nachrichten.

Ernennungen, Verleihungen usw. Das Staatsministerium hat den Amtsrichter Dr. Karl Baur in Mosbach in gleicher Eigenschaft nach Schwetzingen versetzt, den Gerichtsdirektor Eduard Münig aus Karlsruhe zum Amtsrichter in Mosbach ernannt, dem Hauptposten Richard Walter beim Arbeitsministerium mit der Amtsbezeichnung Baurat die Stelle des

Vorstandes der Bezirksbauinspektion Waldbrunn übertragen, den Finanzrat Ludwig Probst in der bei der Landesbauinspektion seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt, mit Entschädigung vom 1. Oktober ds. J., den Ministerialobersekretär Karl Hölzl beim Finanzministerium zum Rechnungsdirektor beauftragt und ernannt.

Das Justizministerium hat den Oberlandesgerichtsrat Adam Gieseler bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zum Amtsgericht Freiburg, den Oberlandesgerichtsrat Philipp Gruner beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Redarbischofsheim versetzt.

Busenbach bei Ettlingen, 20. Okt. In der Nähe der hiesigen Altbahnstation wurde ein mit Kies beladener Wagen von der Altbahn angefahren. Hierbei wurden beide Pferde getötet und der Fuhrmann leicht verletzt. Die Bahn soll an dem Unglücksfall keine Schuld treffen.

Worzhelm, 20. Okt. Der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1920/21 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von etwa 12 Mill. M. ab. Dafür müssen nun Steuerquellen erschlossen werden. Nach einer Erklärung der bürgerlichen Parteien geht aus der Haltung der Sozialdemokratischen Partei unzweifelhaft hervor, daß die Sozialdemokratie beabsichtigt, die ganze Deduktion dieser 12 Millionen der Industrie, dem Grund- und Hausbesitz, dem Mittelstand und den Selbstbedienten aufzuerlegen, während sie bei den Ausgaben und deren Zweckbestimmung jeweils die entgegengesetzte Auffassung vertritt. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte schon vorher im Stadtrat und Bürgerausschuß erklärt, daß sie an der Deduktion kein Interesse habe, da sie nur vom wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt profitiere. In der Tat ist die Abkehrung dieser Verantwortung seitens der bürgerlichen Mitglieder der Stadtverwaltung keine Möglichkeit mehr, die erpischliche Arbeit im Sinne der ihnen anvertrauten Interessen der Gesamtbevölkerung zu leisten. Sie haben deshalb einmütig beschlossen, sich bis auf weiteres weder an Kommissionenberatungen noch an Bürgerausschusssitzungen zu beteiligen. Sie kommen zu diesem Schritte erst, nachdem sie sich überzeugt haben, daß die derzeitige Gesetzgebung eine Auflösung des Bürgerausschusses nicht ermöglicht, so daß der Bürgerausschuß keine Gelegenheit gegeben werden kann, zu dieser wichtigen und ersten Lage durch Neuwahlen selbst Stellung zu nehmen.

Waldbrunn bei Wiesloch, 20. Okt. Am Verlaufe eines Vorwärtens zwischen dem Gelegenheitsarbeiter Hamm und dem Gastwirt Diebold durch mehrere Stiche lebensgefährlich. Der Vorwärtens war dadurch entstanden, daß Diebold einen Knaben des Hamm, den dieser, weil er zu spät nach Hause gekommen war, ausgeperert hatte, seinem Vater wieder zuführte.

Ettlingen, 20. Okt. Wie verlautet, soll der Betrieb der Lokalbahn von Dirmweiler nach Grafenhausen demnächst wegen Unrentabilität eingestellt werden.

Gerichtshof bei Waldbrunn, 20. Okt. In den letzten Tagen wurde hier eine Besondere Kommission für die caritativen Anstalten Mannheims vorgenommen, wobei 135 Zentner Karaffeln und noch etwa 10 Zentner andere Lebensmittel, wie Grünkern, Hülsenfrüchte, Dörr, Mehl, Eier usw., unentgeltlich gespendet wurden. Die Spender stellten auch noch die Fuhrwerke und brachten die Lebensmittel an die sechs Kilometer entfernte Bahnstation Eßigheim. In den nächsten Tagen finden in den Bezirken Laubersbühlshausen und Lauba ebenfalls Lebensmittelaktionen statt.

Aus dem Stadtkreise.

Noch einmal die Karl-Friedrich-Leopold- und Sophien-Stiftung in Karlsruhe.

Aus Leserkreisen wird uns weiter geschrieben: Wie die vier großen Gedanktaten im Pfändnerhaus nachweisen, sind in früheren Jahren und schon unter Großherzog Karl Friedrich und später durch die badischen Fürstenfamilien, durch auswärtige Fürsten, Grafen, Gellente, Beamte und viele Privatpersonen, Geisliche usw. meist bedeutende Summen gespendet worden zur Errichtung eines Altersheims für hiesige Stadt, und unter dem Namen Karl-Friedrich-Leopold- und Sophien-Stiftung wurde dann auch diese Stiftung ins Leben gerufen. Ueber die gegenwärtige Wirksamkeit dieser Stiftung seit dem Jahre 1833 ist nicht nötig zu schreiben; sie ist in allen Bevölkerungskreisen hinlänglich bekannt. Es hat eine Zeit gegeben, in der sich jeder besser situierte Bürger Karlsruhes verpflichtet fühlte, ja es als Ehrenfrage betrachtete, die Anstalt durch eine Spende zu bedenken oder ihr testamentarisch ein Legat zu verzeichnen. Man hatte ein Herz für alte Leute, die durch die Last oft langjähriger Arbeit gebeugt, in Not geraten, hilflos und bedürftig geworden sind und denen mangelnd eigener Angehöriger im Pfändnerhause eine Altersheimstätte geboten wurde.

Wenn nun früher die Mittel hierzu reichlich flossen und daraus die auf einem der schönsten Plätze hiesiger Stadt befindliche Musteranstalt errichtet und immer mehr erweitert werden konnte, so ist jetzt bei den veränderten traurigen Zeitverhältnissen und den uns Ungemeinere geteigerten Preistreibern der Lebensbedürfnisse nicht nur eine fühlbare Störung in der Hauswirtschaft eingetreten, sondern die Anstalt ist sogar in sehr empfindliche finanzielle Schwierigkeiten geraten, welche die Gefahr in sich schließen, daß ein großer Teil der zurzeit über 100 Insassen beiderlei Geschlechts zählenden Pfändner, unter denen mehrere in der Altersgrenze von 80 bis 90 Jahren stehen, erbarungslos aus der Anstalt ausgewiesen werden sollen, wenn sie nicht in der Lage sind, das Defizit von sich aus zu decken, was aber ein Ding der Unmöglichkeit ist, da das zumeist spärliche Einkommen der Pfändner als Zuschuß zu der früher reichlich bemessenen, jetzt aber qualitativ und quantitativ unzulänglichen Kost Verwen-

dung finden und dazu der letzte Rest der Mittel aufgebraucht werden muß.

Es ist nun freilich nicht zu verkennen, daß an den Wohlthätigkeitssinn der Einwohnerschaft in unserer schweren Zeit immer große Ansprüche gemacht werden, aber andererseits besteht doch auch die Hoffnung, daß trotzdem die Nächstenliebe in vielen mit Glücksgütern gesegneten Mitmenschen noch nicht erkalte ist, und die gerne bereit sind, auch in der vorliegenden Angelegenheit zur Vermeidung einer Katastrophe helfend einzutreten. In diese ergeht dieser Notschrei! Unsere hilfbedürftigen Greise im Pfändnerhause, die auf eine harte Probe gestellt sind, und die zum Teil schon mit einem Fuße im Grabe stehen, setzen daher ihren Mitbürgern aufs wärmste empfohlen.

Der Erfolg unseres ersten Aufrufs ist in der heutigen Nummer ausstrahlend. Weitere Spenden werden durch die Badische Bank angenommen und auch durch unsere Expedition vermittelt.

Dem Verkehrsverein Karlsruhe sind in Anerkennung seiner vielfältigen und erpischlichen Arbeit während der Veranlassungen in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere während des Eisenbahnerstreiks und der Darbietungen der „Badischen Woche“ besondere Geldbeträge von hiesigen Geschäftleuten zugewendet worden, so von der Firma A. Braun & Co. und Herrn Hermann Borchers. Besitzer des Kaffee „Obdon“. Außerdem hat Herr Herr. Vorderer anlässlich seines 20jährigen Geschäftsjubiläums dem Verkehrsverein eine Spende von 800 M. überwiesen. Diese Zuwendungen bezieht der Verein dankbar und blickt sie als einen Beweis dafür, daß keine Arbeit und keine Verbrechen gewürdigt werden. Er hat sie aber auch notwendig, weil seine vermehrte Tätigkeit große finanzielle Opfer erfordert, denen er mit den geringen laufenden Beiträgen und dem Zuschuß der Stadt, der gegen früher allerdings erheblich geklungen ist, nicht mehr gerecht werden kann.

Eine spanische Weinhalle ist im „Goldenen Döhlen“, Kaiserstraße 91, wo sich früher die Weinabgabestelle befand, neu errichtet und wird Samstag nachmittags 4 Uhr eröffnet. (S. d. Anzeiger.)

Freiwilliger Tod. Bei dem freiwillig aus dem Leben geschiedenen, der auf dem Schloßplatz gefunden wurde, handelt es sich um einen ledigen 58 Jahre alten, in der Kronenstraße wohnenden Tagelöhner. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt.

Unfall. Beim Abfaden von Holzstämmen erlitt ein hier wohnender 55 Jahre alter Fuhrmann Dienstag vormittags einen Rückenbruch. Der Schwereverletzte fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus.

Zwei Auszeiger. Durch Beamte der Bahndirektion wurden am Hauptbahnhof hier zwei Hausbüchsen festgenommen, die ihrem Arbeitgeber, einem Kinobesitzer in Wiesbaden, 8400 Mark unterzulegen waren. 4054 Mark sowie Kleider und sonstige Gegenstände, die sie sich von dem unterzulegenden Geld angekauft hatten, konnten bei ihnen beschlagnahmt werden.

Unterzählung von 10 000 Mark. Zum Nachteil einer Bank in Ludwigsburg hat ein 16 Jahre alter Bankfänger die vorgenannte Summe unterzulegen und flüchtete hierher. Bei der Fremdenkontrolle durch Kriminalbeamte der Bahndirektion wurde er in einem hiesigen Hotel, wo er unter fremdem Namen logierte, ermittelt und festgenommen. 19 005 Mark konnten wieder beigebracht werden.

Verhaftet wurden: ein Kaufmann aus Eggen wegen Uebertretung der Fremdenmeldevorschriften, ein Student aus Lohr wegen Uebertretung der Ausländermeldevorschriften.

Veranstaltungen.

Badische Landesbühnen. Mittelsung der Intendant: „Dornröschen“, das Märchenstück von Robert Birtner, das am kommenden Sonntag nachmittags im Landesbühnen zum erstenmal in Szene geht. Ist für diese Spielzeit auch von einer anderen Anzahl anderer Bühnen zur Aufführung erworben worden. So vom Münchener Lustspielhaus, dem Leipziger Kammertheater, dem Weidenbühnen in Kassel, dem Landesbühnen Coburg und einer Reihe von Stadttheatern. Wie in dem im vorigen Jahre hier zur Aufführung gebrachten Märchenstück „Rittschiffchen“ ist auch in Birtners „Dornröschen“ die Art, wie der alte, liebe, vertraute Märchenstoff auf der Bühne neu erstet, ganz dem kindlichen Bewußtsein anempfänglich.

Beethoven-Fest. Heute Donnerstag, 21. abends 7 1/2 Uhr, findet im Eintratsaal der 2. Kammermusikabend der Karlsruher Beethovenfeier statt. Das Quartett aus München spielt die Streichquartette op. 18 Nr. 5 (E-Dur), op. 127 (Es-Dur) und op. 51 Nr. 3 (G-Dur). Diese Quartette stellen Beethoven im höchsten Beethoven dar. Karten bei Kurt Reufeldt, Waldstraße 30, und an der Abendkasse.

Chari Vindis. Morgen Freitag, 22., findet der erste der beiden Abende von Chari Vindis 7 1/2 Uhr im Künstlerhaus statt. Karten bei Kurt Reufeldt, Waldstraße 30, und an der Abendkasse.

Vorträge. Die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltet am Samstag, 23., abends 8 Uhr, im oberen Saal des Friedrichshofes einen Vortragsabend, bei dem der frühere Gouverneur von Kamerun und Südwestafrika Dr. Seib über das deutsche Volk und die koloniale Frage unter Vorführung von Lichtbildern sprechen wird. Unter badischer Landmann, der vor kurzem die Präsidentschaft der Deutschen Kolonialgesellschaft übernommen hat, ist hier kein Unbekannter, so daß auf eine zahlreiche Zuhörerschaft zu rechnen sein dürfte. (Siehe S. d. Anz.)

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 19. Okt.: Karl Hölzl von Gerhausen, Kaufm. in Worzhelm, mit Maria Widmann von Gerhausen, Josef Mader von Heuren, Bahnbauer hier, mit Wilhelmine Morlok von Stein; Max Wagner von Ravensburg, Keller in Godesberg, mit Anna Koch von Söhr; Gustav Ritter von Heuren, Regierungssekret. hier, mit Frieda Liebel von Wiesloch; Friedrich Krüger von Sulzfeld, Eisenh. Hülfsarbeiter hier, mit Elvete Mader von Sulzfeld; Max Lindecker von Ettlingen, Zuschläger hier, mit Mathilde Hub von Ettlingen; Ludwig Haupt von Baden, Metzger u. Inskaltateur hier, mit Lina Grombacher von Schöllbrunn; Philipp Herrmann von Mosbach, Bergmann in Gochsheim, mit Karoline Berner von hier; Leopold Schumann von Schwarzbach, Schmied hier, mit Luise Lauppe von Lützenau; Anna Foma von Konstanz, Fuhrmann hier, mit Sofie Foma, Diener geb. Rahn von hier; Mojs Wall von Mosbach, Zahntechniker hier, mit Anna Bögel von hier; Heinrich Lindecker von hier, Masch.-Arb. hier, mit Anna Stamme von Söhr; Rob. Säule von Mannheim, Schriftf. in Altschweim, mit Anna Werthe von Söhr.

Todesfälle. 19. Okt.: Margaretha Geisner, alt 76 Jahre, Witwe des Oberleutnants Franz Geisner; Anton Paier, ledig, Kaufm., alt 53 Jahre; Jakob Geipke, Chem., Maschinenbauarb., alt 64 Jahre.

Verdingungsact und Trauerhand erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, 21. Okt., 2 Uhr: Johanna Geisler, Schneidm.-Gehilfin, Vorstr. 18, in Wiesbaden beerdigt. — 3 1/2 Uhr: Otto Brenner, 61, Realitätenverwalter, Brauerstr. 31 (Friedrichstr.). — 3 Uhr: Margaretha Geisner, Oberleutnants-Witwe, Verrenstraße 25.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

33 Karlsruhe, 20. Okt. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Engler fand heute die Verhandlung gegen die Fabrikarbeiterin Luise Wischoss aus Wiesbaden statt.

Meineids.

Statt. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Hilfsstaatsanwalt Pauenstein, Verteidiger Rechtsanwalt Sauter.

Die Angeklagte ist beschuldigt, am 14. Mai bei ihrer Vernehmung vor dem Amtsgericht zu Karlsruhe als Zeugin in einem Unterhaltsprozesse zugunsten ihres unehelichen Kindes vorzüglich einen Meineid geleistet zu haben. Die Angeklagte ist 25 Jahre alt, sie hat drei uneheliche Kinder, wovon eines am 1. Oktober 1914, eines am 20. Oktober 1916, und das dritte am 24. März 1918 geboren ist. Das erste Kind wurde von seinem Vater anerkannt, das zweite wurde von einem Soldaten im Felde als sein Kind anerkannt, später wurde aber dieses Anerkenntnis von ihm widerrufen, so daß jetzt über die Vaterchaft des Kindes ein Prozeß bei dem Amtsgerichte in Heidelberg schwebt. Wegen der Anerkennung der Vaterchaft des dritten Kindes wurde von dessen Vormund ein Prozeß beim Amtsgericht in Karlsruhe anhängig gemacht. Als Kindesvater war ein junger Mann verklagt worden, der während des Krieges als Soldat hier diente.

Der Prozeß war bereits im Jahre 1918 anhängig gemacht worden, er wurde mehrfach verlagert und konnte erst nach Schluß des Krieges wieder aufgenommen werden. In dem Gerichtsverfahren am 14. Mai hatte die Wischoss beschworen, nur Beziehungen zu dem Manne gehabt zu haben, den sie als den Vater des Kindes bezeichnete. Im Gegenlatz hierzu befandte in dem Zivilprozeß ein Zeuge, daß er ebenfalls mit der Wischoss in der gebliebenen Empfangslage verkehrt habe.

Das Gericht vernahm eine große Anzahl von Zeugen, deren Aussagen keine erfreulichen Bilder aus dem Leben und Treiben eines Teiles unserer Jugend bot.

Nach längerer Verhandlung vereinigten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Karlsruhe, 20. Okt. Gegen das freisprechende Erkenntnis des Schwurgerichts in der Anklage gegen den Rechnungsrat David Schneider aus Wehrheim wegen Fälschung und Verschleppung einer öffentlichen Urkunde hat die Staatsanwaltschaft Revision beantragt.

*

33 Karlsruhe, 19. Okt. Die Strafkammer 2 verurteilte den Kaufmann August Wegeler aus Worzhelm wegen erschwerter Urkundenfälschung und Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis, wovon 7 Wochen durch die Untersuchungsanstalt verbißt sind. Wegeler hatte ein Sparfassenbuch über 2 Mark von seiner Geliebten erhalten und die Entgeltsumme auf 602 gefälscht. Dann gab er das Buch einem Wirt, bei dem er einen Betrag von 288 M. schuldet, an Zahlungsschein, so daß dieser fast vollständig um sein Guthaben betrogen wurde.

Der Arbeiter Philipp Zwiesig aus Spielberg wurde wegen Missethats und Stillschlepperschuld im Sinne des § 178 BfSt. 3 des Strafgesetzbuches zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; 6 Wochen sind durch die Untersuchungsanstalt verbißt.

Der Philipp Scheer aus Worms hatte in Worzhelm Wäschegegenstände im Werte von 7000 bis 8000 M. gestohlen und sich beim Verkaufe der Sachen an einen Händler einer gefälschten Urkunde bedient. Wegen schweren Diebstahls und Urkundenfälschung wurde er zu 1 Jahre 3 Monaten Gefängnis verurteilt; die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf 3 Jahre aberkannt. Von der Gefängnisstrafe sind 6 Wochen durch die Untersuchungsanstalt verbißt.

Der Maler Wilhelm Schwarz aus Bruchsal wurde wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte mit zwei anderen in der Fabrik in Worzhelm, in der er beschäftigt war, Wafelketten gestohlen und sie zu 70 bis 75 Mark weiter verkauft.

Letzte Nachrichten.

Zusammentritt des Völkerbundes.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 20. Okt. Der Völkerbund trat am Mittwoch unter Vorsitz des belgischen Vertreters G. van der Smissen zusammen. Leon Bourgeois vertrat Frankreich, Tittoni Italien, Balfour England und Dainone de Leon Spanien. Diese Sitzung war nur der Tagesordnung für die kommenden Sitzungen gewidmet.

Aufstand in Panama.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Paris, 20. Okt. Der „Temps“ berichtet von einem Aufstand in Panama, dem der ehemalige Diktator Castro nahesteht soll. Die Stadt Victoria sei bereits in den Händen der Aufständischen.

Tagesanzeiger. (näheres ist aus dem Anzeigenteil zu entnehmen.)

Donnerstag, 21. Oktober.

Landestheater. Schillerfeier, Abteilung B, „Barbed“, 7 1/2 Uhr. Koncerthaus. Keine Vorstellung. Colosseum. Varietes, 8 Uhr. Stadt. Ausstellungshallen. „Badens Wasserwege und weiße Aube“, 10-6 Uhr. Weltpanorama. Unterlaken, Bernat, Chamoni.

Bestecke

reicher Auswahl — erster Fabrikate zu äußersten Tagespreisen

J. Petry Wwe., Hofl.

Kaisersraße 102 Telephon 1558.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 20. Okt. Zu Börsenbeginn schien es, als ob in Nachwirkung der gestrigen Abendbörsen Kursbewegung allgemein rückläufig werden würde, da einige führende Montan- und Industriepreise, sowie Kalliverte sich Kursabstriche von verhältnißmäßig 10 Proz. und darüber gefallen lassen mußten. Als aber wieder die Erfahrung gemacht wurde, daß die heraukommende Ware glatte Aufnahme findet, und sich in einigen Montanwerten, besonders Harpener, die Aufkäufe fortsetzen, bestärkte sich die Stimmung wieder allgemein. Von Einzelheiten sind zu erwähnen, daß Harpener, E.G.G., Phönix, Augsburg-Nürnberg, Zellstoff Waldhof, Ueberseeaktien und Bagdadbahn erheblich höher, dagegen Bismarckhütte, Theodor Goldschmidt, Deutsche Waffen und Rheinmetall nicht merklich niedriger notierten. Sonst hielten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen. Die Auslandskursen erreichten nach schwachem Beginn ungefähr ihren gestrigen Stand. Das Geschäft im Großverkehr war etwas ruhiger, doch blieb in Kassaindustriepapieren das Geschäft infolge der andauernden Kaufs des Publikums unverändert lebhaft.

Berliner Kursnotierungen

Table with columns for 20 Okt. 19. Okt. and various stock prices including Aktien, Obligationen, and Wechsel.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 20. Okt. Die an der Abendbörse eingetretene Abschwächung wirkte auf dem Markte der Montanpapiere nur in einzelnen Werten nach, wobei Oberbedarf und Laurahütte unter anderem 10 Proz. einbüßten. Gut erholt waren Phönix mit 668, später schwächer 664, Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg etwa 9 Proz. erholt. In Harpener herrschte lebhaftes Geschäft. Es fanden spekulative Käufe statt, die den Kurs bis 465 hoben, also ca. 35 Proz. höher. Adlerwerke Kleyer fester. Harpener Geschäft in Zellstoff Waldhof. Chemische Werke gut gehalten. Oesterreichische Staatsbahn blieben mit 260 höher. Baltimore 475, Deutsches Petroleum 1475 genannt. Deutsche Bank erholt bei regen Umsätzen eine weitere Kurssteigerung um 4 Proz. auf 331, was mit Transaktionen in Zusammenhang gebracht wird. Metallbank fest. Im freien Verkehr waren Julius Sichel in Erwartung günstiger Mitteilungen in der heutigen Generalversammlung stark gesucht 1425-1410. Mans-

Theresele

Theresele Wirtin von Heiligenbronn. Roman von Hermann Siegemann. (Madonna verboten.) Es war still geworden. Sie bog sich aus dem Fenster. Auch das leise Pochen des elektrischen Lichtes hinter dem Vorhang war verstummt. Ihr Herz schlug stark und voll an der eisenen Brüstung, über die sie in die Sommernacht schaute. Von dem Theresele nichts mehr. Es war ins Bureau gegangen. Marie Theresie hatte nichts mehr zu tun. Der Chef hatte die Speisen für die nächsten drei Tage schon angeordnet, es war nichts zu erinnern gewesen. Die große Aufregung war gekommen. Morgen sollten sie nur fünf Abreisen, eine mit dem Auto, die anderen mit dem Bahnhafen, dessen Leiter Piffi jetzt aus dem Tal heraufkam und in den Wäldern verlor. Ein Knäuel lagte im Walde. Grüne Lichtlein leuchteten unter den Büschen und glänzten wie Sterne auf den Rasenbändern. Johanna's Mädchen, die ihr Laternen schwenkten. Von den Linden, die vor dem Eingang des weißen Hofes standen, das nun doch noch erweitert werden mußte, wenn der Zugang leidender Fremder nicht unterbunden werden sollte, pflügte der Wind den Duft der gelben Blüten und trug ihn in weichen Wellen dem Hause zu. Ein Paar, ein Ähner, da strichen wieder ein paar Menschen den Rasen und irgend ein leichtfüßiges Mädchen lächelte heimlich ins Freie. Marie Theresie mußte, daß sie die Schuldigen erkennen würde, aber es war heute ein nachlässiges Gemäherlassen in ihr. Möchten sie doch der Nacht eine Stunde fest sein waren

war noch Zeit zur Ruhe. Das kam wohl von der Müdigkeit, die in ihr war - aber hatte nicht jemand geklopft? Sie hatte schon lange das Licht gelöscht. Sie rief herein. Niemand öffnete. Das Kindermädchen hatte ja auch schon Gute Nacht gewünscht und sie selbst dem Franzel noch einmal das Decklein gestrichen...

Industrien.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin. Das Unternehmen hat laut „Electric Railways and Tramways Journal“ zum Ausbau nordenglischer Unternehmungen große Aufträge von Lst. 155 000 bis 200 000 erhalten.

Vom Devisenmarkt.

Table showing exchange rates for various locations like London, Amsterdam, and others.

Banken.

Die Schwierigkeiten der Kreishypothekbank Lörrach. Die Verbindlichkeiten, die das unter Geschäftsaufsicht stehende Institut bei Basler Banken in schweizerischen Franken laufen hat, sollen eine Gesamthöhe von Frs. 4,80 Mill. besitzen. Die in den jüngsten Wochen erneut eingetretene Verschlechterung des Marktkurses scheint die Geschäftsabwicklung bei der Kreishypothekbank Lörrach zu erschweren, eine Entwicklung, die angesichts der ca. 10 000 Spareinleger des Lörracher Instituts sehr zu bedauern ist. Es wird nun wiederum eine Hilfsaktion des badischen Staates zugunsten dieser Spareinleger angeregt und befürwortet, und zwar in der Form, daß der Abzug von Markteinklagen aus dem Institut durch Bürgschaftleistung des Staates für diese Guthaben verhindert wird. Das würde der Bank deswegen nützen, weil der Rückzug der auf Franken lautenden Guthaben, wie verlautet, nicht zu befürchten sei, nachdem die Schweizer Gläubiger Einsicht und Entgegenkommen zeigen sollen. Die Frage der staatlichen Stützaktion für die Bank dürfte anscheinend in nächster Zeit den Badischen Landtag beschäftigen. Diese Angelegenheit hat eine prinzipielle Bedeutung, nachdem - u. a. auch besonders in den süddeutschen Nachbarstaaten der Schweiz - in sehr zahlreichen Fällen deutsche Schuldner in fremder Valuta durch die Valutenentwicklung in Schwierigkeiten geraten sind.

Auscheidung des Konzerns der Deutschen Bank.

Im Konzern der Deutschen Bank scheinen die seit einiger Zeit erwarteten engeren Zusammenschlüsse jetzt heranzureifen, namentlich im Hannoverischen. Es dürfte sich um mehrere größere Transaktionen handeln, die aber das Aktienkapital der Deutschen Bank wahrscheinlich bei weitem nicht auf die in Außenseiterkreisen umlaufende Summe bringen werden.

Geldmarkt.

L. G. Riegel Aktiengesellschaft.

Eine zum 10. November einberufene außerordentliche Generalversammlung wird eine Erhöhung des Aktienkapitals von 5 auf 12 Millionen Mark zu beschließen haben. Die neuen Aktien sollen zu einem Kurse von 3 Proz. an ein Konsortium unter Ausschluß des Bezugsrechtes begeben, für einen Zeitraum von drei Jahren gesperrt werden und ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigt sein. Die Vereinbarungen gehen ferner dahin, daß die L. G. Riegel A.G. mit den Uebernehmern der Aktien unter Sicherung des Bezuges von Rohstoffen wissenschaftlich und technisch auf einer Reihe von Gebieten zusammenarbeitet. Nach Durchführung der Kapitalserhöhung werden die offenen Reserven der L. G. Riegel A.G. den Betrag des erhöhten Aktienkapitals erreichen.

Die Vorzugsaktien der A. E. G.

Die zur Zeichnung aufgelegte Betrag von Vorzugsaktien der A.E.G. ist um ein Vielfaches überschritten worden, so daß auf die Zeichnungen nur verhältnismäßig geringfügige Beträge zugeteilt werden konnten.

Die feindliche Handelsespionage.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 20. Okt. Feindliche Offiziere in Zivil haben, wie wir erfahren, auch in Sachsen in letzter Zeit verheerend Handelsespionage zu treiben. Um das zu verhindern ist jetzt erreicht worden, daß Ententeoffiziere bei dem Besuch von Handelsunternehmungen und Fabriken stets von einem deutschen Offizier begleitet sind. In Sachsen befinden sich gegenwärtig nicht weniger als acht Ententeoffiziere, unter ihnen allein drei zur Feststellung der Truppenstärke und eine zur Ueberwachung und Verhinderung von Kriegsmaterial.

Der Großhändlerverband „Nürnberger Bund“

hat auf seiner jüngsten Generalversammlung beschlossen, die Geschäftsanteile seiner Mitglieder von 1000 auf 5000 M. und die Haftungsumme von 3000 auf 10 000 M. zu erhöhen. Daburh tritt eine Erhöhung der Haftungsumme der Mitglieder auf rund 5 Millionen Mark und der Geschäftsanteile auf rund 2 1/2 Millionen Mark ein.

Das Geldgeschäft in Oesterreich.

Vom 2. November ab treten neue Bestimmungen für den Verkehr mit Devisen und Valuten in Kraft, darunter besonders solche, die die Ernennung von Kommissären durch die Devisenzentrale betreffen. Im Sinne dieser Bestimmungen ist der Handel mit Devisen und Valuten ausschließlich Mitgliedern und Kommissären der Devisenzentrale und der hierzu befugten Vertreter vorbehalten, anderen Börsebesuchern aber strengstens untersagt.

Tabakmiserie in Amerika.

Privatnachrichten aus den Vereinigten Staaten zufolge ist die amerikanische Tabakernte schlecht ausgefallen. 90 Prozent der Tabakpflanzen sind vor einer Krankheit erkrankt. Um so viel wie möglich zu retten, hat man die Ernte beschleunigt. Man vermutet, daß die Tabakernte nur ein Viertel von dem Durchschnittsertrag ergeben dürfte.

Der amerikanische Schiffahrtskräft.

„Daily Telegraph“ schreibt zu der Vereiniung der beiden amerikanischen Schiffahrtskongresse Hariman u. Co. und Morton u. Co., daß durch diese Vereinigung das ganze Kapital der mächtigen Guaranty Trust Company hinter Hariman zu stehen komme, wodurch die deutsch-amerikanische Schiffahrt eine bedeutende finanzielle Verstärkung erlange.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Der Ueberwachungsaußschuß für die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz

gibt bekannt:

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Vieh und Fleisch ist erfolgt und schon werden Klagen über Preissteigerungen laut. Ohne Zweifel hat sich ein starkes Anziehen der Preise auf dem Vieh- und Fleischmarkt bemerkbar gemacht, hierfür ist jedoch, soweit sich übersehen läßt, nicht der legitime Handel verantwortlich zu machen. Wenn die heute in den Läden geforderten Preise nicht denen entsprechen, die für das bisher rationierte verausgabte Fleisch bezahlt wurden, so liegt dies daran, daß diese Mengen infolge der bedeutenden Verbilligungszufüsse des Reiches zu Preisen abgegeben worden sind, die bei Auslandsfleisch oft nicht einmal die Hälfte des wirklichen Einkaufspreises betragen.

Eine weitere Verteuerung für das Auslandsfleisch wird außerdem durch den starken Rückgang unserer Valuta bedingt. Wenn man bedenkt, daß vor vier Wochen der Kursstand des Dollars sich noch auf 46 Mark belief, inzwischen jedoch auf 70 Mark gestiegen ist, so bedingt dies allein eine Preisdifferenz von 50 Prozent.

Abgegeben aber von allen diesen Umständen hat die erste Woche der freien Wirtschaft schon gezeigt, daß von gewissenlosen Elementen Preise sowohl gefordert wie auch geboten werden, die dem wirklichen Werte der Ware und dem Gefährungspreise nicht entsprechen, für die der Han-

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerzlos Kukirol 100000fach bewährt Peits M 3.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich Carl Roth, Herrenstr. 16 u. Wülh. Tscherning, Amalienstr. 19

„Theresele“

„War es Angst, Warnung oder Schelte? Mit beiden Händen sah sie Marie Theresie die Tochter an den Schultern. Dann wurde der harte Griff weich und zog sie zu einer sanften Umarmung zusammen. So lag das Theresele an der Brust der Mutter, und sie sprach zu ihm und zu sich selbst: „Ja, ja, ich weiß, daß du mir groß geworden bist und ein eigenes Wesen hast, ohne daß ich viel dazu hab beitragen können. Wären wir in dem Hof und das kleine Tagwerk und das enge Leben und die hohen Berge wären um uns her, ich hätte dich nicht nebenher laufen lassen müssen und aus dem Haus geben in der Zeit des Wachstums. Aber ich hab dir doch ein richtiges Beispiel sein können, sag, daß du mir das Beispiel zu gut bist, das Schaffen und Sorgen! Und daß du auch flehst, wie ich's mein, so will ich dir dagegen sagen, daß du mir eine rechte Hilfe gewesen bist seit dem Tod des Vaters, erst mit der Liebe und dann auch mit der Arbeit. Ich weiß, daß du mir antwortest, ich hätte dir nicht die särtliche, freigelebte Mutter gezeigt, die dir jeden Schritt vormist und keinen Wunsch leer läßt. Aber ich bin noch zu frisch in den Wäldchen, die jetzt in der Welt gelten, und ich werde es auch nicht mehr lernen trotz dem Vielem, was über mich hingegangen ist. Der Großvater hat einmal einen Stein aus der Hocke geholt, der an der Klamm einen Lauf verperrt hat. Da ist die Hocke wer weiß wie viele Jahre darüber gefahren wie ein kühleres Polterholz - hat er gesagt - aber der Stein ist raus und kantiq geblieben und hat sich nicht gerundet.“

(Fortsetzung folgt.)

„Theresele“

„Was ich weiß? Ich denk ans Dozental. Wie ich so alt war wie du, da war es gerade so, und das nannten sie grätig.“

Sie schwiegen. Drei Glühwürmer zogen am Fenster vorbei, noch einmal lagte das Käuzlein.

Marie Theresie sprach, daß die Tochter erschraf und sich näher an sie drängte.

„Dummes du, im Dozental ruft der Schuh, das hallt anders an den Wänden.“

„Ja, bin sonst nicht so,“ murmelte das Mädchen.

Darauf gab die Mutter keine Antwort, denn auch sie hatte heute andere Ohren und Augen und die Nacht andere Gedanken und Stimmungen als sonst.

Auf einmal trat das Mädchen einen Schritt von ihr weg, als hiele ihm Unterlassung ein.

„Wo willst du hin?“ fragte die Mutter.

„Zum Bubi,“ gab sie zur Antwort. Aber es klang wieder so eigen, als hätte sie ganz etwas anderes sagen wollen.

„Ja, ja, ist uns fast ein Kind gewachsen, das wir mit einander teilen, du und ich,“ sagte Marie Theresie.

Da stand das Theresele wieder still.

„Er könnt's auch sein - oder nicht?“ fließ es nach einer Weile heilig, beinahe trotzig hervor.

„Du kommst mir recht. Bald fünf Jahre wird der Bub, und du fällst ihn, wenn ich richtig rede, mit sechzehn Jahren geboren. Hast du das im Samariterkurs gelernt?“

„Se mein ich's nicht. Ich meine, heute könnt' es ein Kind haben.“

Eröffnung der spanischen Weinhalle

„Zum goldenen Ochsen“

Kaiserstraße 91

Samstag, 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr.

Gleichzeitig Schlachtpartie.

Vorzügliche spanische Weine.

Inhaber: Esteban Molas.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H.

Ab Donnerstag, den 21. Oktober 1920 Kartoffelabgabe an Besteller. Buchstabe R, S, Sch, Sp, St, W, jeweils von 8-12 und 2 bis 6 Uhr.

Schiffahrts- u. Wasserkraft-Ausstellung

Stadt. Ausstellungshalle I.-24. Oktober täglich geöffnet von 10 bis 6 Uhr in dieser Woche Mittwoch, Freitag, Samstag und Sonntag bis 7 Uhr.

Freitag, 22. Oktober, Großer Saal der Festhalle
Sonderstag für die Gewerkschaften und Angestelltenverbände.

Einberufen vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Ortskartell der Freien Angestellten-Organisationen, sowie der Ausstellungsleitung. Im Mittelpunkt dieser großen öffentlichen Versammlung steht ein Lichtbildvortrag von Prof. Endres-Mannheim: „Der Kampf um die Wasserstraßen“.

Eintritt nur 20 Pfg. städtische Steuer. Die Angehörigen dieser Verbände erhalten außerdem in der Ausstellung auch an diesem Tage Vorzugspreis in Höhe von 1 Mark. Beginn des Vortrags 7 Uhr. Massenbesuch erbeten.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutsch. Gewerkschaftsbundes. Ortskartell d. Freien Angestellten-Organisationen.

Bädisches Landestheater. Warbeck

Donnerstag, den 21. Oktober 1920. I. Schülervorstellung, Abt. B.

Anfang 7 1/2 Uhr Ende geg. 10 Uhr

Eintrachtsaal. 2. Kammermusik-Abend

Donnerstag, den 21. Oktober 1920. (Beethoven-Feier.)

Anfang 7 1/2 Uhr Ende 12.

+ Für Alle! +

Auch wer nicht im Leser-Lasarioschen atmehyg. Vortrag war, kann täglich am prakt. Kursus im „Prinz Carl“ Ecke Zirkel und Lammstraße, um 4 und 7 1/2 Uhr teilnehmen.

NB. Außerst wichtig für Arterienverkalkung, Herz, Lunge, Kropf usw. Laut amtl. begl. Urteile löst L. L's. Individ. „Innenatmungs-massage-Typen“ im Körper selbst trotz der Kohlenstoff-„Innenwärme“ aus, wie sie zuvor im Leben!

Auf Wunsch auch Privat zu sprechen. Tel. 1278. Seine Broschüre „Die zehn Gebote des Atmens“ zum Preise von 2.50 sind überall erhältlich.

Damenkleider werden gereinigt, in allen Farben und nach Muster gefärbt. Färberei D. Lasch. Tel. 1953. Filialen in allen Stadtteilen.

Von der Berufsreise zurück

Dr. dent. surg. F. Miltenberger.



Eintreffend:

Bodensee-Barsche . . . Pfd. 4.50
Rhein-Hechte . . . „ 9.00
Bodensee-Blaufelchen . . . „ 9.75
Schellfische, großmittel . . . „ 4.50

Dänische Sahne . . . Flasche 7.50

Geschw. Knopf

Fußbodenlacke - Bodenwische
Bodenöl - Stahlspane - Holzbeizen - Stofffarben
Maler-Utensilien
vertikalant im Farbengeschäft Waidstraße 15, beim Colosseum

Zentralheizungen

Instandsetzen, Kesselreparaturen, Einsetzen von Brennstoffapparaten, bis 40% geringere Brennstoffkosten, Verbesserung veralteter Systeme. Beratung in Heizungsfragen, Abwärmeverwertung.

Jul. Rößler, Dipl.-Ing. Fernsprecher 517. Herrenstraße 48

Reparaturwerkstätte

für sämtliche Systeme von Laden- u. Registrier-Kassen

Karl Hafner :: Karlsruhe i. B. Amalienstr. Nr. 51-53 Fernspr. Nr. 2187

Georg Hanstein & Cie.

Elektrotechnisches Installationsbüro. Augartenstr. 6. Fernspr. 356. Elektr. Licht- u. Kraftanlagen Motoren Glühlampen Beleuchtungsapparate Elektr. Heiz- u. Kochapparate.

Deutsche Kolonial-Gesellschaft, Abteilung Karlsruhe.

Samstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale des Friedrichshofes:

Lichtbilder-Vortrag

von Gouverneur a. D. Dr. Seitz: „Das deutsche Volk u. die koloniale Frage“.

Eintrittskarten zu Mk. 2.25 in den Buchhandlungen Bielefeld und Müller & Gräff sowie an der Abendkasse erhältlich.

Die Mitglieder haben gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten freien Eintritt.

Eintracht-Saal.

Montag, den 25. ds., abends 8 Uhr spricht Dr. Martin Olpe über:

Alter Tod Verjüngung

Die Verjüngungstheorie und künstliche Geschlechtsumwandlung nach Prof. Steinach und ihre Bedeutung.

Richard Demmel: „Einige Hundert Zeitungen und Zeitschriften nennen Martin Olpe einen glänzenden Redner; ich aber heiße ihn einen gewissen Wegweiser und Reformator.“ Ebenso urteilen Fr. Naumann, Ellen Key und viele andere.

Eintritt 3 Mk., num. Karten 4 und 6 Mk. Vorverkauf: Musikalienhandlung Fr. Doert.

FEDERHALLE

Liederhalle Karlsruhe. Samstag, 23. Okt. 1920, abends 8 Uhr, im Vereinsheim (Löwenrachen)

Familienabend mit Lichtbilder-Vortrag des Herrn Prof. Massinger.

I. Teil: Interessante Orte der Umgebung von Karlsruhe und Baden-Baden. II. Teil: Maulbronn. Eintritt nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten.

Sonntag, den 24. Oktober 1920

Herren-Herbstaussflug

(bei jeder nach Maulbronn Abfahrt hier 8 Uhr vormittags nach Maulbronn Einzeichnungsliste im Löwenrachen (Büffet).

Nächste Veranstaltung: 30. Oktober 1920 Musikalischer Familienabend mit Ball im großen Festsaal.

Restaurant Tannhäuser

Gegenüber Hauptpost. Max Erhardt. Karstr. 21. Telefon 733.

ff. Bohnen-Kaffee - Prima Weine - Vollbiere. Ab 8 Uhr kleine Hauskapelle.

Neu hergerichtete, gemütliche Lokalitäten.

Adolf Stängle

Damenschneiderei für Straßen-, Gesellschafts-, Jackenkleider, Ski- und Reikleider. Stofflager. Zirkel 32 Ecke Ritterstraße.

Johannes Hach

erstkl. Herrensneiderei Spez. Raglan und Schlüpfer Stofflager. Telefon 1619 Leopoldstr. 1a Kaiserplatz.

Dauer-Wäsche

kalt abwaschbar mit la Stoffeinlage bekommen Sie in allen Formen und Weiten am besten u. billigsten bei der Dauerwäsche-Großhandl. An. Ireas Weinig jr. Kaiserstraße 40 Karlsruhe. Telefon 9478 Auch ist wieder Leipendauerwäsche zu haben.

Gebrüder Hirsch

Spezial-Tuchgeschäft Kaiserstraße 166, schräg gegenüber der Hauptpost.

Neu-Eingang von Anzug-, Paletot- u. Ulsterstoffen

Damenkostümstoffen in blau und schwarz.

Billiges Angebot

macht Barmer Firma in Hosenträgern, Schuhriemen, Nähgarn, Wolle u. Gummiband

Zu sprechen: Hotel Müller, Krenzstr. 19 Montag von 8-12 u. v. 2-6 Uhr

Für Notwohnungen

offerierte ich meine soeben eingetroffenen kleinen Kochöfen zu sehr billigen Preisen. Ebenso bringe ich mein reichhaltiges Lager in emaillierten und lackierten Kochherden in empfehlende Erinnerung.

Kochherden

in empfehlende Erinnerung.

L. J. Ettlinger,

Ecke Kaiser- u. Kronenstraße.

Gesellschaft Bärenzwinger

11. Ausstellung 19. bis 26. Oktober bei Geber & Schawinsky Kunsthandlung Karlsruherstraße 221 Nähe Hauptpost



Außerordentliche Genera-Versammlung zur Neuwahl des Vorsitzenden Samstag, den 23. ds. Mts. 1/2 1 Uhr im Zwinger.

Bienen und Meppen

sind eingetroffen. Bienenkästen werden angenommen.

Steidinger & Scholer Gewürzstr. 31. Tel. 5080 Auf d. Hauptmarkt bei d. Uhr od. auf d. Dumarst

Spannen, Bieder und Kämmen werden in 8 Tagen repariert

Frieda Schmidt Gerrenstr. 19, im Hause der Uhr.



Ulster nur eigene Fabrikate in verschiedenen Formen und Farben

Julius Löwe Werderplatz 20